

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
03/2014*



P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Liebe FreundInnen!

Anbei schicke ich Euch eine Europa- Sonderausgabe meines Newsletters. Am vergangenen Wochenende ist der Startschuss für den Europawahlkampf gefallen. Den Anfang machte am Freitag der Bundesparteirat, der unser Wahlprogramm und die KandidatInnenliste für die EU-Parlamentswahlen am 25. Mai verabschiedete. Angeführt wird unsere Liste von [Eugen Freund](#) und unseren aktuellen EU-Abgeordneten [Evelyn Regner](#), [Jörg Leichtfried](#), [Karin Kadenbach](#) und [Josef Weidenholzer](#).

Am Samstag fand sodann der Kongress der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) in Rom statt. Dort haben wir das gemeinsame europäische Wahlmanifest beschlossen und den aktuellen Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz zum ersten gemeinsamen Spitzkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten gewählt. Damit haben die Wählerinnen und Wähler erstmals die Chance, selber zu bestimmen, wer Chef der EU-Kommission wird. Bislang hatten sich das die Staats- und Regierungschefs untereinander ausgemacht.

Auf den folgenden Seiten findet Ihr Informationen zum Bundesparteirat und zum SPE-Kongress in Rom mit vielen weiterführenden Links (KandidatInnenliste, Wahlprogramm, Reden etc.).

Nicht nur auf europäischer Ebene sondern auch in Kärnten gab es an diesem Wochenende ein wichtiges Ereignis, das ich hier erwähnen möchte: Vor einem Jahr wurde mit dem Wahlsieg der SPÖ unter Peter Kaiser die Kärntner Wende eingeleitet. Die Kärntner SPÖ hat den Jahrestag nicht mit einer Feier, sondern durch eine gut besuchte [Journalistendiskussionsrunde](#) für einen informativen Rück- und Ausblick gewürdigt.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

Norbert Darabos: "Es lohnt sich für den grundlegenden Politikwechsel im EU-Parlament zu kämpfen"

In seiner Eingangsrede wies Bundesgeschäftsführer Norbert Darabos auf die große Chance hin, die Sozialdemokratie zur stärksten Kraft im Europäischen Parlament zu machen. Es müsse unbedingt verhindert werden, dass Konservative und Neoliberale auch künftig die Mehrheiten haben, um die Krisenpolitik in Europa zu gestalten. Ins Zentrum der Krisenpolitik gehöre ein sozialdemokratisches Urthema: die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stünden zum Friedensprojekt Europa, so Darabos weiter, aber wir wollen ein anderes ein soziales Europa.

<http://spoe.at/story/bpr14/norbert-darabos-es-lohnt-sich-fuer-den-grundlegenden-politikwechsel-im-eu-parlament-zu-kaempfe>

Eugen Freund: Kampf gegen Steuerbetrug heißt mehr Geld für die Jugend



Auch der SPÖ-Spitzenkandidat Eugen Freund betonte die guten Chancen für einen Machtwechsel im Europäischen Parlament. Konservative und Neoliberale hätten sich in der Krise als Schutzmacht der Banken und Konzerne erwiesen. Die Sozialdemokratie kämpfe hingegen dafür, dass endlich auch Finanzindustrie und Steuerhinterzieher zur Kasse gebeten würden. Es sei unerträglich, so Freund weiter, dass Banken für systemrelevant erklärt würden, die fünfeinhalb Millionen arbeitslosen Jugendlichen aber nicht. EU-weit würden den Staaten jährlich 1000 Mrd. € durch Steuerbetrug verloren gehen. Würde man diesen Betrug stärker sanktionieren hätte man schnell eine stattliche Summe zusammen, mit der die Jugendarbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden könne.

<http://spoe.at/story/bpr14/freund-im-einsatz-fuer-ein-anderes-ein-gerechteres-europa>

Bundeskanzler Werner Faymann: Systemrelevant sind vor allem die Menschen

Der Bundeskanzler machte in seiner Rede deutlich, dass die aktuelle Krise nur durch gemeinsame Anstrengungen in der EU gelöst werden können. Eindringlich warnte er davor nationalistischen und hetzerischen Parolen nachzugeben. Das hätte den Menschen in Europa nie etwas gutes gebracht. Auch die neoliberale Politik mache es sich zu einfach, wenn sie sagt, dass wir einen starken Markt und einen schwachen Staat brauchen, um die Krise in Europa zu beenden. Die Sozialdemokratie stünde für ein gänzlich anderes Konzept unterstrich der Kanzler. Wir wollen einen starken Staat, der den unfairen Zuständen, Spekulation und Steuerbetrug einen Riegel vorschieben könne und gute Bildung, Ausbildung, Gesundheits- und ArbeitnehmerInnenschutz ermögliche. Um dieses Konzept auch auf der europäischen Ebene umsetzen zu können, sei eine Mehrheit im Europäischen Parlament unerlässlich. Diese Wahl entscheide, welches politische Konzept, das sozialdemokratische oder das neoliberale, in Zukunft unterstützt werde.

<http://spoe.at/story/bpr14/bundeskanzler-faymann-eu-wahl-richtungsentscheidung-fuer-frieden-und-arbeitnehmerrechte>

Weitere wichtige Links zum Parteirat vom
28.02.2014

- [Das Wahlprogramm: Unserer Ziele für Europa](#)
- [Die KandidatInnenliste](#)
- [Video zum Bundesparteirat](#)
- [Eugen Freund – Zitate als Videoclip](#)



Ein Teil der Kärntner Delegierten. © Reinhart Rohr

Wahlkongress der Europäischen Sozialdemokraten (SPE) vom 01. März 2014



Auf dem Wahlkongress der SPE am vergangenen Samstag in Rom haben die anwesenden Delegierten den aktuellen Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz mit 91% der Stimmen zum gemeinsamen Spitzenkandidaten für die Parlamentswahlen und für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten gewählt.

In seiner Dankesrede erklärte Martin Schulz, dass er der erste Kommissionspräsident werden wolle, der nicht durch eine Abmachung in einem Brüsseler Hinterzimmer ins Amt kommt, sondern demokratisch gewählt werde. Er wolle nur eine einzige Abmachung und zwar die mit den europäischen Wählerinnen und Wählern.

Hinsichtlich seiner politischen Prioritäten stellte Schulz klar, dass die Sozialdemokraten dafür kämpfen werden, den Europäerinnen und Europäern wieder Arbeit zu geben. Als Kommissionspräsident werde seine oberste Priorität "Arbeitsplätze" heißen. Während der nächsten fünf Jahre müsse bei allem, was in der EU getan werde, eine einfache Frage beantwortet werden: Wie trägt dies zur Entstehung von guten Arbeitsplätzen bei?

Ein weiterer wichtiger Punkt war für Martin Schulz die Bedeutung der Chancengleichheit für alle Europäerinnen und Europäer. Er wolle in fünf Jahren sagen können, dass das geschlechtsspezifische Lohngefälle dabei sei, zu verschwinden, und mehr Frauen in Spitzenpositionen tätig seien. Seine Tochter solle schließlich die gleichen Chancen haben wie sein Sohn.

Die vollständige Rede von Martin Schulz könnt Ihr hier [nachlesen](#) (zum größten Teil auf Englisch) oder unter dem folgenden [Link](#) anhören (deutsche Übersetzung).

Das ebenfalls auf dem Kongress verabschiedete Wahlmanifest der Europäischen Sozialdemokraten könnt Ihr [hier](#) nachlesen.

Bundeskanzler Werner Faymann: Jugendarbeitslosigkeit ist größte Herausforderung der EU

Bundeskanzler Werner Faymann hat ebenfalls auf dem Kongress in Rom gesprochen und noch einmal hervorgehoben, wie wichtig der Kampf gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist. Dabei gehe es um über 5,5 Millionen Menschen unter 25, die ohne Arbeit seien. Er wies erneut auf die positiven Erfahrungen hin, die Österreich bislang mit der Ausbildungsgarantie gemacht habe, und begrüßte in dem Zusammenhang, dass es gelungen ist, acht Milliarden Euro für die Finanzierung einer europaweiten Ausbildungsgarantie bereitzustellen. Allerdings sei dies bei weitem nicht genug. Um die Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu halbieren müsste mit 15-17 Milliarden Euro pro Jahr gerechnet werden. Angesichts dieser Summe drängte der Bundeskanzler erneut auf eine europaweite Einführung der Finanztransaktionssteuer. Mit deren Einnahmen könne eine europaweite Ausbildungsgarantie finanziert werden.

<http://spoe.at/story/spe-wahlkongress-jugendarbeitslosigkeit-ist-groesste-herausforderung-der-eu>

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien

www.christine-muttonen.at